Im freien Fall

Russland Kreml-Chef Putin verschärft den Konflikt mit dem Westen – und treibt die Wirtschaft damit an den Abgrund: Der Rubel verfällt, die Rücklagen des Staates schmelzen, die Reichen ziehen ihr Geld ab.

Wer durch Russlands Süden fährt, durch das Delta des Don oder die Berge nahe der Olympiastadt Sotschi am Schwarzen Meer, dem fallen die weißen Lastwagen mit der roten Aufschrift „Magnit“ ins Auge. Sie gehören zum Imperium von Sergej Galizki, dessen Aufstieg die Moskauer Presse als die „größte Erfolgsstory des russischen Kapitalismus“ feiert.

In nur 15 Jahren schaffte es Magnit, zu einer Art russischem Aldi zu werden. Der Konzern ist mit 230 000 Angestellten und mehr als 9000 Supermärkten eines der größten Privatunternehmen Russlands.

Galizkis Vermögen wird auf umgerechnet acht Milliarden Euro geschätzt, auf der Liste der reichsten Russen hat er inzwischen den Jacht- und Fußballklubbesitzer Roman Abramowitsch überholt.

In diesen Wochen sind die Lastwagen von Magnit noch häufiger unterwegs. Die Zahl der Kunden der Billigkette wächst, weil sich viele Russen teurere Supermärkte nicht mehr leisten können. Auf den Sanktionskrieg mit dem Westen reagierte Galizki mit der ihm eigenen Schnelligkeit. Weil Russland als Antwort auf die Sanktionen der Europäischen Union (EU) den Import zahlreicher Lebensmittel aus der EU verbot, kündigte Galizki an, diese künftig selbst herzustellen. 40 Landwirtschaftsbetriebe will er in den nächsten zehn Jahren aus dem Boden stampfen.

Die Investitionen kann Magnit, anders als hochverschuldete Staatskonzerne wie der Ölgigant Rosneft, aus dem Cashflow bezahlen. Im Oktober war der Umsatz der Supermarktkette aus der südrussischen Großstadt Krasnodar um 36 Prozent höher als im Vorjahr.

Im Aufstieg der russischen Billigmärkte spiegelt sich die ökonomische Krise des Landes. Die in den vergangenen Jahren gewachsene Mittelschicht muss sich einschränken, die westlichen Wirtschaftssanktionen und der sinkende Ölpreis zeigen Wirkung. Putins Kalkül, die Strafaktionen Europas und der USA zum Aufbau einer eigenen Konsumindustrie zu nutzen, geht zumindest auf die Schnelle nicht auf.

Vorige Woche häuften sich die schlechten Nachrichten. Am von der Presse eilends „Schwarzer Montag“ getauften Wochenbeginn stürzte der Rubel zeitweise um mehr als acht Prozent ab. In den ver-

Gasaufbereitungsanlage in der Region Irkutsk, Sibirien

gangenen anderthalb Jahren hat die Währung 60 Prozent an Wert zum Euro verloren, nur die ukrainische Hrywnja steht weltweit noch schlechter da.

Am vergangenen Montag musste Putin unter dem Druck der EU und klammer Finanzen sein geopolitisches Lieblingsprojekt aufgeben, die Pipeline „South Stream“, die Gas durch das Schwarze Meer von Russland nach Südosteuropa hätte bringen sollen. Am Mittwoch prophezeite das Massenblatt *Moskowski Komsomolez* seinen Lesern für das nächste Jahr „noch schwerere Heimsuchungen“, Ölpreis und Rubel würden weiter sinken.

Und am Donnerstag verpuffte Putins als Befreiungsschlag gedachte Rede an die Nation. Der Präsident machte allein den Westen für Russlands Probleme verantwortlich. Selbst bei einem Verzicht auf den Anschluss der Krim hätten Europa und die USA „eben einen anderen Vorwand gesucht, um Russland einzudämmen“. Prompt stürzte der Rubel, am Vormittag noch leicht stabilisiert, weiter ab. Die Börse notierte so schwach wie zuletzt im Jahr 2009. Bis Jahresende wird sich die Kapitalflucht aus Russland auf mehr als hundert Milliarden Euro belaufen, seit 2008 brachten die Russen über 500 Milliarden Euro außer Landes.

Die Inflationsrate beträgt gegenwärtig neun statt der geplanten fünf Prozent, und für 2015 sagt Putins Regierung der Wirtschaft eine Schrumpfung voraus, um knapp einen Prozentpunkt. Über Jahre war Putin gewohnt, den wachsenden Wohlstand zu verteilen. Jetzt muss er die Notbremse ziehen: Gehaltserhöhungen für Regierungsbeamte hat der Kreml-Chef per Gesetz gestoppt, die Ausgaben für das Gesundheitswesen um 21 Prozent gekürzt, die für Bildung um 6 Prozent. Schon sehen erste Kommentatoren das Ende seiner Herrschaft nahen.

Der Absturz der russischen Wirtschaft stellt auch die Regierungen des Westens vor neue Fragen. Sollen sie die Sanktionen verschärfen, um den Druck auf Putin zu erhöhen? Oder empfiehlt sich eine Stabilisierungsstrategie, weil sich Moskaus Haltung sonst weiter verhärtet? Auch für Deutschland steht viel auf dem Spiel, schließlich sind die deutschen Russlandexporte von Januar bis August um fast 17 Prozent eingebrochen.

Der Kreml-Herrscher aber glaubt, die Probleme aussitzen zu können. Die Rubel-Abwertung hat es ihm bisher erlaubt, die sinkenden Ölpreise abzufedern. Für jeden Dollar, den die Notierungen nachgeben, fehlen Russland zwar 2,3 Milliarden Dollar in der Staatskasse, stellt eine Moskauer Expertengruppe fest. Weil Öl und Gas aber gegen harte Dollar oder Euro verkauft werden, streicht der Staat beim Umtausch einen hübschen Gewinn ein, der die Einnahmeausfälle aus dem sinkenden Ölpreis dämpft.

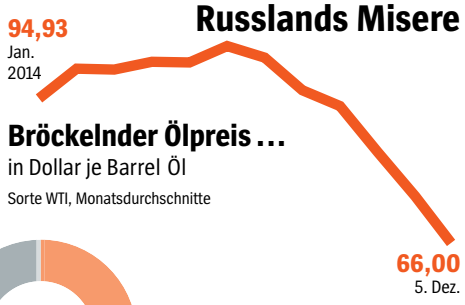
Zumindest fürs Erste kann Putin zudem von den Früchten der vergangenen Jahre zehren: Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2000 hatte sich die Wirtschaftskraft des größten Landes der Erde bis 2013 mehr als verdoppelt, die Löhne stiegen um das 13-Fache. Während Europa in der Schuldenkrise versank, erwirtschaftete Russland Überschüsse und baute Verbindlichkeiten ab.

Die Staatsschulden Moskaus liegen bei 13 Prozent des Bruttosozialprodukts, die Deutschlands bei fast 80 Prozent. Obwohl die Zentralbank bei ihren Versuchen, den Rubel zu stützen, seit Jahresbeginn umgerechnet über 50 Milliarden Euro verloren hat, betragen die Währungsreserven des Landes immer noch 340 Milliarden Euro. In spätestens zwei Jahren jedoch seien diese aufgebraucht, warnt Igor Jurgens, der bis 2012 Wirtschaftsberater des damaligen Präsidenten Dmitrij Medwedew war. „Russland ist in einer Rezession und bald im freien Fall“, sagt Jurgens.

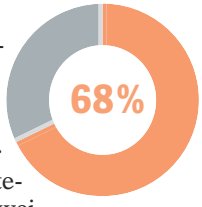
Die Krise ist nicht nur eine Folge des Wirtschaftskriegs mit dem Westen und der sinkenden Ölpreise, welche Moskau in den vergangenen Monaten rund hundert Milliarden Dollar kosteten. In den Jahren des Booms hat es der Kreml versäumt, die Strukturprobleme der Wirtschaft wie die Rohstoffabhängigkeit und die allgegenwär-

Präsident Putin

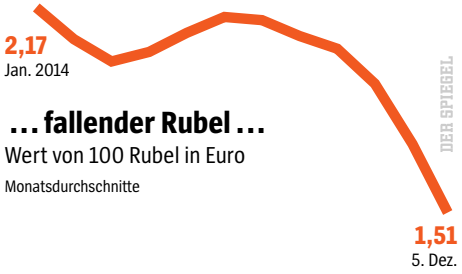
Russlands Misere



Bröckelnder Ölpreis …
in Dollar je Barrel Öl
Sorte WTI, Monatsdurchschnitte



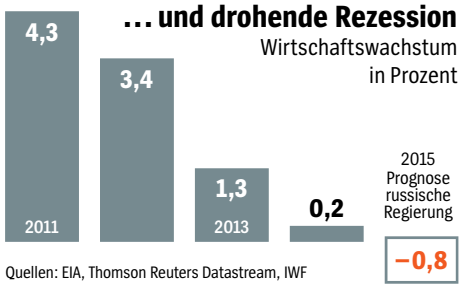
Anteil von Öl und Gas an den russischen Exporten nach Umsatz 2013



… fallender Rubel …
Wert von 100 Rubel in Euro
Monatsdurchschnitte

DER SPIEGEL

… und drohende Rezession
Wirtschaftswachstum in Prozent



Quellen: EIA, Thomson Reuters Datastream, IWF

FOTOS: ULLSTEIN BILD (O.); ALEXEI NIKOLSKY / AFP (R.)

tige Korruption anzugehen. „Der Handel mit Gas und Öl ist unsere Droge“, beklagte schon 2009 der damalige Präsident Medwedew im Gespräch mit dem SPIEGEL (46/2009). Medwedew wollte Russland modernisieren und setzte auf eine „Ideologie der Privatisierung“.

Der Kreml plante, 2013 mehr als 13 Milliarden Dollar durch den Verkauf staatlicher Beteiligungen an Privatunternehmer einzunehmen. Tatsächlich kamen gerade einmal 2 Milliarden zusammen.

Denn Medwedews Vorgänger und Nachfolger Putin fördert lieber Staatskonzerne. Sie beherrschen inzwischen 50 Prozent der Wirtschaft. An ihren Spitzen hat er langjährige Vertraute gehievt.

Wie Putin selbst stammen viele von ihnen aus dem Geheimdienst, beispielsweise Rosneft-Chef Igor Setschin oder Eisenbahn-Boss Wladimir Jakunin. Sie sind loyal, neigen aber zu Verschwörungstheorien. Setschin beispielsweise machte hinter Protesten der Umweltschützer von Greenpeace gegen Ölbohrungen in der Arktis eine gezielte Aktion zur Schwächung der Rohstoffförderung Russlands aus, gesteuert von finsteren Kräften im Westen. Man solle sich mal anschauen, wer Greenpeace dafür bezahle, wetterte der Putin-Vertraute.

Sanktionen und der fallende Ölpreis werden Setschin und seine Gesinnungsgenossen nicht zum Umdenken bewegen. Sie bestärken sie in ihrer paranoiden Angst vor Feinden im Ausland.

Der mächtige Chef des Nationalen Sicherheitsrats, Nikolaj Patruschew, auch er ein ehemaliger KGB-Offizier, beschrieb den Zusammenbruch des Sowjetkommunismus jüngst als Werk der CIA. Der amerikanische Geheimdienst habe Moskau mit Afghanistan eine Falle gestellt und nach „detaillierten Berechnungen die hohe Abhängigkeit der UdSSR vom Energieexport als unseren Schwachpunkt ausgemacht“.

Ebendiese Strategie verfolge Amerika heute im Ukraine-Konflikt; es drücke den Ölpreis, um Moskau zu schwächen. Der Leiter des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR, Michail Fradkow, machte hinter den Attacken auf den Rubel westliche Investmentfonds aus. Konservative Wirtschaftswissenschaftler drängten Putin im Gegenzug, den Kapitalverkehr zu kontrollieren.

Dagegen stemmt sich der liberale Teil des Moskauer Establishments mit Finanzminister Anton Siluanow und Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew an der Spitze, an denen Putin bisher festgehalten hat.

Die intellektuelle Hochburg der Liberalen liegt im engen Straßengewirr der Moskauer Altstadt. In einem Prachtbau aus der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert residiert die Higher School of Economics (HSE). Im Foyer steht eine Büste von Jegor Gajdar, der Anfang der Neunzigerjahre stellvertretender Ministerpräsident unter

Unternehmer Galizki
Profiteur der Sanktionen

Boris Jelzin war und als Vater der russischen Marktwirtschaft gilt. Gajdar hatte die HSE 1992 gegründet, die Universität sollte eine Kaderschmiede für das neue Russland werden, ein russisches Harvard.

In der Führungsriege der Lehranstalt sitzen zwei ehemalige Wirtschaftsminister. Der Rektor ist verheiratet mit der liberalen Chefin der Zentralbank, Elvira Nabiullina. Viele HSE-Absolventen arbeiten im Wirtschafts- und Finanzministerium. „Das Problem ist nur, dass ihr Einfluss ständig sinkt“, sagt Konstantin Sonin, stellvertretender Rektor der Universität. „Putin hätte sich 2008 nach seinen erfolgreichen ersten beiden Amtszeiten zurückziehen sollen. Seitdem geht es ihm nicht mehr um Reformen, sondern nur noch um Machterhalt.“

Wegen solcher Äußerungen erhöhen die Falken im Kreml den Druck auf die Universität. Die Hochschule sei ein „Schlangennest“, hieß es Ende Oktober bei einem Kongress der Putin-Partei Einiges Russland. Ein Historiker schimpfte: „Wo immer man dort hinspuckt, man trifft immer einen Feind.“ Russlands bekanntester Talkmaster sprach gar von „organisierten Terrorgruppen“ an der Universität, die in Russland eine Revolution nach dem Vorbild des Kiewer Maidan anstrebten. Auslöser waren Tweets einer Studentin gewesen, die mit dem Volksaufstand in der Ukraine sympathisiert hatte.

Ob in dieser aufgeheizten nationalistischen Stimmung eine Modernisierung der Wirtschaft gelingen kann, ist fraglich. Putin scheint in einem Teufelskreis gefangen. Je mehr er den Konflikt mit dem Westen anheizt, desto mehr leidet die Wirtschaft. Und je stärker die Konjunktur einbricht, desto mehr ist der Kreml-Chef versucht, seine guten Umfragewerte mit außenpolitischer Kraftmeierei abzusichern.

German Gref, Putins ehemaliger Wirtschaftsminister und heute Chef des größten Geldinstituts des Landes, der staatlichen Sberbank, klagte jüngst, dass innovative Produkte und Hightech-Firmen nicht gedeihen könnten, wenn Russland zu den Methoden der Sowjetunion zurückkehre. „Ein Gulag“, sagte Gref, „taugt nicht, um Menschen zu motivieren.“

Benjamin Bidder, Matthias Schepp

FOTO: ANDREY RUDAKOV/BLOOMBERG / GETTY IMAGES